

# Remo Largo spricht Klartext Der Kinderarzt geht mit der Gesellschaft hart ins Gericht



Persönlich würde er ein Kind im ersten Lebensjahr nicht in die Krippe geben: Kinderarzt und Bestsellerautor Remo Largo.

TANIA DEMARMELS

## «Frauen, wehrt euch!»

**Familie** Kinderarzt Remo Largo fordert eine Schweiz mit familiengerechten Strukturen - Elternzeit nach der Geburt, günstigere Kitas, mehr Tagesschulen. Eine Vereinbarung von Beruf und Familie sei in der heutigen Zeit nicht möglich, weil ein vorbehaltloser Einsatz am Arbeitsplatz verlangt werde. Seine Hoffnung setzt Largo ganz auf die Frauen.

VON SIBYLLE STILLHART

**Manchmal holt mich das schlechte Gewissen ein und ich frage mich: Habe ich meinem Kind geschadet, weil ich es bereits mit fünf Monaten in die Kita gebracht habe?**  
**Remo Largo:** Kinder brauchen Zeit, sich zu binden. Eine Bindung muss gepflegt und immer wieder neu bestätigt werden. Sie dauert nicht nur drei bis sechs Monate, sondern muss 15 Jahre lang halten. Zudem muss sich nicht nur das Kind binden, sondern auch seine Eltern; Mutter und Vater sind dann gut gebunden, wenn sie den Alltag mit dem Kind auch allein bewältigen können und es dem Kind dabei wohl ist. Es geht nicht nur um die Frage: Was passiert in der Kita? Genauso müssen sich die Eltern fragen: Wie erlebt das Kind das Zuhause?

damit zu tun, dass sie sich die Ruhe und Zeit nicht genommen haben, mit der neuen Situation vertraut zu werden. Ich persönlich würde - wenn es die Lebensumstände erlauben - ein Kind im ersten Lebensjahr nicht in die Krippe geben. Ab dem zweiten Lebensjahr aber brauchen Kinder andere Kinder: Wenn sie jeden Tag während mehrerer Stunden mit anderen Kindern spielen können, entwickeln sie sich besser. Dies gilt für die Sprach- und Sozialentwicklung, aber auch für die geistigen Fähigkeiten und die Motorik. Immer vorausgesetzt, die Krippe ist von guter pädagogischer Qualität und ermöglicht dem Kind die Erfahrungen, die es für seine Entwicklung benötigt.

**Frauen wie auch Männern Strukturen zur Verfügung zu stellen, damit Arbeit und Familie zu vereinbaren sind. Kitas sind nicht nur teuer, es besteht auch ein Nachholbedarf, was die Qualität anbelangt. Dasselbe gilt für Tagesschulen, die es kaum gibt ...**  
Meiner Meinung nach gehören Kitas zum Bildungssystem. Eltern sollten die Möglichkeit haben, ihre Kinder ab dem zweiten Lebensjahr während zweier bis vier Tage für ein paar Stunden in eine Kita zu bringen, ohne dass sie dafür erhebliche Beiträge bezahlen müssten. So ist es in Skandinavien, Holland und Belgien. Dasselbe gilt auch für das Schulalter, wo die Situation noch schlimmer ist: In Zürich sind mehr als 40 Prozent der Schüler über Mittag und nach der Schule während dreier und mehr Tage allein zu Hause, wo sie sich selbst überlassen sind. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel von Friedrichshafen am deutschen Bodensee-Ufer: An der dortigen Tagesschule können die Kinder über Mittag und nach Schulschluss aus 25 Möglichkeiten wählen, was sie am liebsten machen möchten: Töpfern, schneiden, malen, Fussball spielen etc.

an die Elternzeit nach der Geburt eines Babys, die Qualität der Kitas, den Mangel an Tagesschulen und Ferienbetreuung, die Doppelbelastung, die Arbeitskultur etc. Es darf doch nicht sein, dass Väter schräg angeguckt werden, wenn sie im Büro sagen, sie gehen ihre Kinder abholen. Es kann auch nicht sein, dass Eltern hohe Kita-Beiträge bezahlen müssen, weil sie arbeiten möchten.

4,5 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes drei Mal so viel für Familie und Kinder auf wie die Schweiz mit 1,3 Prozent.

**In Schweden liegt die Geburtenrate bei 1,94; in der Schweiz bei 1,52. Das hängt mit den familienfreundlichen Strukturen zusammen?**  
Natürlich. Bei uns führt die Mehrfachbelastung durch Arbeit, Kinderbetreuung und Haushalt dazu, dass die Geburtenrate tief liegt. Wenn die Eltern von der Gesellschaft in der Kinderbetreuung, Bildung und Erziehung ausreichend unterstützt werden, bekommen sie mehr Kinder. Umfragen bestätigen, dass die meisten Jugendlichen später einmal eine Familie mit zwei und mehr Kindern gründen möchten. Einmal erwachsen, werden sie jedoch von der Lebensrealität eingeholt und müssen bei ihren Familienräumen schmerzhaft Abstriche machen. Die Mütter sind bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt mehr als 30 Jahre alt.

lich zu viele ausländische Fachkräfte oder über Millionengehälter von Managern haben wenig mit den realen Problemen von Familien zu tun. Eine Familienpartei, die sich eines für die Bevölkerung weit wichtigeren Themas annimmt, nämlich für eine familien- und kinderfreundliche Zukunft zu sorgen, wäre der Renner. Bis heute hat die Gesellschaft darauf keine Antworten. Ich meine, dass innert kürzester Zeit 20 Prozent der Stimmbürger eine solche Partei wählen würden.

**Wirtschaft und bürgerliche Parteien würden vorrechnen, wie teuer uns familienfreundliche Strukturen kämen. Das würde auf viele abschreckend wirken.**  
Natürlich wird uns die Schaffung einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft finanziell einiges abverlangen. Es liegt deshalb an uns zu entscheiden, was uns eine bessere Lebensqualität wert ist. Wofür lohnt es sich, zu leben? Wie verbringen wir unsere Zeit? Schlimmstenfalls bleibt unser Lebensziel, möglichst bald an einem Burnout zu erkranken. Ich denke aber, die meisten Menschen wollen so arbeiten, dass sie daneben ein befriedigendes Familienleben führen können. Dafür müssen wir unser Wertesystem überdenken und die Gesellschaft dementsprechend umbauen. Dies traue ich - leider - nur den Frauen zu, lasse mich aber gerne von den Männern überraschen.

### PERSÖNLICH

#### Remo Largo

Der gebürtige Winterthurer (\*1943) studierte an der Universität Zürich Medizin und habilitierte in Kinderheilkunde. Largo war Leiter der Abteilung «Wachstum und Entwicklung» am Kinderspital und leitete später die allgemeine Poliklinik. Mit seinen populär-wissenschaftlichen Fachbüchern wurde er zum Bestsellerautor («Babyjahre», «Kinderjahre»). Largo ist Vater von drei Töchtern und lebt heute in Uetliburg, Kanton St. Gallen.



## Merkel redet mit Cameron Klartext

**Personenfreizügigkeit** Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Wochenende den Briten noch einmal klar gemacht, dass an der Personenfreizügigkeit nicht gerüttelt werde.

VON JONAS SCHMID

Für die deutsche Regierung ist das EU-Grundprinzip der Personenfreizügigkeit wichtiger als der Verbleib der Briten in der EU. Das berichtete die Zeitschrift «Der Spiegel» am Wochenende mit Verweis auf Regierungskreise. Damit rückt für die Bundesregierung ein EU-Exit der Briten erstmals in den Bereich des Möglichen. Das deutsch-britische Verhältnis hatte sich zuletzt merklich abgekühlt. Schuld daran ist nicht David Cameron, sondern die britischen Premierminister. Die EU-Vorschriften sollen demnach «bis ans äusserste Limit» ausgereizt werden. Einwanderer, die sich nach drei Monaten nicht selbst finanzieren können, sollen unverzüglich ausgewischt werden. Drei Monate, so lange darf sich nach EU-Recht jeder EU-Bürger in einem anderen Mitgliedsstaat niederlassen. Nach Ablauf dieser Frist muss er nachweisen, dass er sich und seine Familie selbst durchbringen kann. Wird er zu einer «Last» für das Wohlfahrtsystem des Gastlands, darf ihn dieses aus dem Land verweisen. Ob Cameron tatsächlich von seinem Konfrontationskurs gegenüber Brüssel abkommt, bleibt unklar. Downing Street liess gestern durchblicken, dass man an der harten politischen Linie festhalten wolle.

nationalen Einwanderungsgesetze zu verschärfen. Seit Anfang Jahr gilt in Grossbritannien die volle Niederlassungsfreiheit für Bürger aus Rumänien und Bulgarien. Diesen Umstand nutzte die Rechtsausenpartei UKIP, um eine Anti-Immigrations-Kampagne loszutreten. Sie befürchtete Zehntausende neue Armutsmigranten aus den beiden osteuropäischen Ländern. Im Frühjahr folgte dann die Entwarnung: Laut offizieller britischer Statistik hat die Anzahl Einwanderer aus Rumänien und Bulgarien zwischen Januar und März nicht zugenommen, sondern im Vergleich zum Vorjahr gar um 4000 Personen abgenommen.

Als Reaktion auf die Kritik aus Berlin liess Cameron verlauten, er wolle seine Pläne zur Begrenzung der Armutsmigration «Deutschen-kompatibel» machen. Die EU-Vorschriften sollen demnach «bis ans äusserste Limit» ausgereizt werden. Einwanderer, die sich nach drei Monaten nicht selbst finanzieren können, sollen unverzüglich ausgewischt werden. Drei Monate, so lange darf sich nach EU-Recht jeder EU-Bürger in einem anderen Mitgliedsstaat niederlassen. Nach Ablauf dieser Frist muss er nachweisen, dass er sich und seine Familie selbst durchbringen kann. Wird er zu einer «Last» für das Wohlfahrtsystem des Gastlands, darf ihn dieses aus dem Land verweisen. Ob Cameron tatsächlich von seinem Konfrontationskurs gegenüber Brüssel abkommt, bleibt unklar. Downing Street liess gestern durchblicken, dass man an der harten politischen Linie festhalten wolle.

### Auch an die Schweiz gerichtet

Merkels Bekenntnis zur Personenfreizügigkeit ist nicht nur an die Adresse Grossbritanniens gerichtet, sondern betrifft auch die Schweiz. Wenn Merkel selbst vor dem Hintergrund des drohenden Austritts Grossbritanniens zur an der Personenfreizügigkeit festhält, wird sie der Schweiz bei diesem Punkt kaum entgegenkommen. Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière zeigte sich zwar jüngst gegenüber der «Samstagsschau» gesprächsbereit. Der Idee von Kontingenten steht allerdings auch er skeptisch gegenüber: «Ich werde keine roten Linien aufstellen, aber die strenge Exekution von Kontingentlösungen kann ich mir mit Freizügigkeit schwer vorstellen.» Seit dem Ja zur SVP-Zuwanderungsinitiative im Februar versuchte der Bundesrat mit der EU über Kontingente und Inländervorrang zu verhandeln - bislang erfolglos.



Das Verhältnis zwischen Angela Merkel und David Cameron ist derzeit ziemlich belastet. Im Bild ein Treffen in London im Februar dieses Jahres.

KEYSTON

HEUTE  
4.11.2014

### Was heute passiert

**Schweiz**  
Bundespräsident Didier Burkhalter empfängt den Aussenminister Maltas in Bern.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entscheidet im Fall einer afghanischen Familie, die eine Asylklage gegen die Schweiz eingereicht hat.

**Ausland**  
Kongress- und Gouverneurswahlen in den USA.

**Fussball**  
Für den FC Basel gilt es in der heutigen Champions-League-Partie ernst. Ein Sieg gegen Ludogorez Rasgrad muss her.

### Frage des Tages

Betreuung für Kleinkinder: Sollen Kitas gratis sein?

Ja  Nein

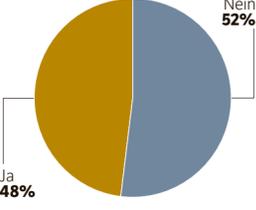
Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

www.aargauerzeitung.ch  
www.bzbasel.ch  
www.baselandschaftliche.ch  
www.solothurnerzeitung.ch  
www.grenchnertagblatt.ch  
www.limmattalerzeitung.ch

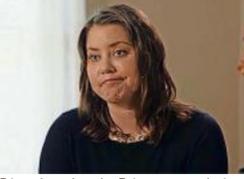
Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

### Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Sind Stewardessen der Inbegriff der Freundlichkeit?



### Video des Tages



Die schwerkranke Brittany entscheidet sich für den Freitod.

### TWEET DES TAGES

Nicht alle fallen in den Lobgesang über das neue Recycling-Konzept der SBB mit ein - Twitterer @sven\_zurich:

«Die SBB feiert sich hier für etwas, dass in Deutschland schon seit Jahren Standard ist ...»

**Eine Studie ergab kürzlich, dass die Qualität der Schweizer Kitas «durchzogen» sei. Das sind ja nicht gerade optimale Umstände, sein Kind in fremde Hände zu geben.**  
Ein Kind in den ersten sechs Monaten in eine Kita zu geben, ist für den Säugling an und für sich kein Problem. Babys sind in den ersten Monaten sehr anpassungsfähig und offen. Dass Eltern Mühe haben, ihr Baby fremd betreuen zu lassen, hat eher

**Die Gesellschaft tut sich unheimlich schwer, sowohl arbeitenden**